

## Erfolg im Kampf gegen die Berufsverbote

In Hamburg wurden am 8.10. acht Lehrer nach jahrelangem Kampf gegen Berufsverbotsdrohungen ins Beamtenverhältnis auf Lebenszeit bzw. auf Probe übernommen. Den Lehrern war „kommunistische Gesinnung“ vorgeworfen worden. Der Lehrer Hans Peter de Laurent wurde wegen einzelner Passagen seines Berufsverbotsromans *Die Hexenjagd* nicht verbeamtet.

Im folgenden drucken wir auszugsweise eine Erklärung zur Entscheidung des Beamtenernennungsausschusses vom 8.10.1980 der acht Lehrer ab:

Die Entscheidung des Beamtenernennungsausschusses vom 8.10.1980, uns acht Lehrer in das Beamtenverhältnis auf Lebenszeit bzw. auf Probe zu

berufen, sehen wir als einen vorläufigen Höhepunkt im Kampf gegen die antidemokratischen Berufsverbote.

Als vor knapp neun Jahren — mit der Verabschiedung des „Senatserslasses“ und der Entlassungsverfügung gegen die Kollegin Heike Gohl — der Auf-

Fortsetzung auf Seite 2

## Duisburg: Zusammenspiel zwischen Politischer Polizei und Grauen Wölfen?

In der letzten Ausgabe berichteten wir über den Prozeß gegen drei türkische Antifaschisten, die aufgrund der Aussage von zwei Grauen Wölfen angeklagt worden waren. Mit Freispruch für alle Angeklagten endete am 9. Oktober der Prozeß, in dessen Verlauf bezeichnende Einzelheiten über das Vorgehen der Politischen Polizei enthüllt wurden.

Die Grauen Wölfe hatten vor der Polizei angegeben, sie seien von Ilker Koç und zwei weiteren Männern überfallen worden. Obwohl diese beteuerten, es sei genau umgekehrt gewesen, und obwohl diese Aussage vom Pfortner des Werkstors, wo sie Flugblätter verteilt hatten, und von einem deutschen Arbeiter bestätigt worden war, veranlaßte die Politische Polizei die Anklageerhebung und für Ilker Koç Untersuchungshaft. Die Aussagen des Pfortners und des deutschen Arbeiters wurden als unglaubwürdig abgetan und vor dem Werkstor herumliegende Steine und andere Gegenstände wurden zu Beweisstücken für den Überfall auf die Grauen Wölfe gemacht.

Als es sich im Verlauf der Prozeßvorbereitung abzeichnete, daß das gesamte Anklagegebäude beim Prozeß wie ein Kartenhaus zusammenfallen würde, versuchten bestimmte Kreise — so beklagte sich ein

Vertreter des Duisburger Ausländeramtes — politischen Druck auszuüben mit dem Ziel, die drei türkischen Kollegen aus der BRD auszuweisen, damit der Prozeß gar nicht stattfinden würde.

Daß es weder zu einer Verurteilung noch zu einer Abschiebung der betroffenen Türken gekommen ist, das ist ein Erfolg der guten Solidaritäts- und Öffentlichkeitsarbeit, über die wir bereits berichteten.

Im Westdeutschen Rundfunk berichtete ein Reporter über Prozeßverlauf und Urteil und auch über das Vorgehen der Politischen Polizei. Auf die Frage des Moderators der Sendung, wie man sich das Verhalten der Politischen Polizei zu erklären habe, verwies der Reporter darauf, daß in Duisburg der „mysteriöse Tod“ des Günter Routhier von Linken der Politischen Polizei angelastet würde und daß diese daher gegen links besonders scharf vorgingen...



Die Empörung über die Berufsverbote ebbt nicht ab. Immer wieder kommt es zu Aktionen und Demonstrationen gegen den reaktionären Berufsverbotserlaß, dessen Ziel es ist, engagierte Antifaschisten, Demokraten und Kommunisten vom öffentlichen Dienst fernzuhalten.

## Kommentar

### Solidarität und Einigkeit

Seit der Verabschiedung des Berufsverbotserlasses vor rund acht Jahren sind unzählige Lehrer und andere Angehörige oder Bewerber des öffentlichen Dienstes Opfer dieser reaktionären, in Europa einmaligen Bestimmung geworden. Zahlen bis zu 4 000 werden genannt. Was sich dahinter an Einzelschicksalen verbirgt kann man nur erahnen.

Seit dieser Erlaß besteht, gibt es aber auch den Kampf gegen ihn. Nicht nur die Betroffenen selbst, viele andere demokratisch gesinnte Menschen haben sich unter dem Motto Weg mit den Berufsverbote in den Kampf zur Verteidigung demokratischer Rechte eingereiht. In Berlin waren es 10 000, die für den Lehrer Apel auf die Straße gingen.

Wenn es jetzt in Hamburg acht vom Berufsverbot betroffenen Lehrern gelungen ist, trotz infamer Hetze der Springer-Presse, ihre Verbeamtung durchzusetzen, so ist das ein Erfolg aller demokratischen Kräfte in der Bundesrepublik.

Es ist auch ein persönliches Verdienst dieser acht Lehrer, die angesichts der Bedrohung ihrer beruflichen Existenz nicht nach dem Motto Was Brot ich eß, des Lied ich sing den Mund gehalten haben, sondern den Kampf gegen ihre Berufsverbotsdrohungen als Kampf zur Verteidigung demokratischer Rechte führten.

Der Hamburger Erfolg im Kampf gegen die Berufsverbote, so schreiben die acht Lehrer, ist nur möglich geworden „durch die Solidarität von Kollegen, Eltern, und Schülern, von Bürgerinitiativen und anderen demokratischen Kräften“. Auch die betroffenen Lehrer sind im Kampf einig aufgetreten und haben evtl. politische Meinungsverschiedenheiten beiseite geschoben.

Diese Solidarität und diese Einigkeit sind die Voraussetzung dafür, daß die antifaschistisch-demokratischen Kräfte in der Bundesrepublik auch in größerem Maßstab Erfolge erringen können.

## Aktuelle Aufgaben

### Vorbereitungen für den Solidaritätsmonat Dezember

Die ersten Ortsgruppen hatten schon mit den Vorbereitungen auf die traditionelle Dezember-Spendenkampagne begonnen, als die letzte *Rote Hilfe* mit dem Aufruf des Zentralvorstands erschien. Für andere Ortstgruppen war es der Startschuß.

Die Ortsgruppe Hamburg, die bei ihrem letzten Flohmarkt-Stand über 400 DM einnahm, wird noch einmal in diesem Jahr Trödel verkaufen. Alle Mitglieder wurden aufgefordert, ihre Wohnungen zu durchforsten. Auch Bücher sind erwünscht, denn an der Hamburger Uni lassen sie sich gut verkaufen. Diese Erfahrung machte die Ortsgruppe jedenfalls im letzten Jahr. Vielleicht auch ein Tip für andere Universitätsstädte?

In ihrem Mitgliederundbrief schreiben die Hamburger weiter: „Hallo Bastler! Weihnachten rückt näher und wir wollen auch dieses Jahr bei den Weihnachtsgeschenken möglichst mitmischen. Auf unserer Veranstaltung am 5.12. wollen wir einen Weihnachtsbasar machen. Wir möchten euch darum bitten, den Basar mit selbstgebastelten oder anderen schönen Dingen zu unterstützen. Eine Rote Helferin hatte eine gute Idee. Sie setzte im Spätsommer Rumtopf an, der rechtzeitig zu unserer Veranstaltung gut durchgezogen ist. Ihr könnt ihn dort trinken oder in hübsche Gläser abgefüllt kaufen. Wer keine Zeit hat, zur Veranstaltung zu kommen, der braucht trotzdem nicht auf den Rumtopf zu verzichten. Ihr könnt dann bei eurem Kassierer welchen bestellen.“

Film, Essen, Kabarett, Informationen, Basar. Das alles gibt es auf unserer Veranstaltung. Wir wagen es mal wieder — eine Veranstaltung!!! Der große Saal in der Jarrestadt ist schon gemietet, das Programm fast fest-

gelegt, die Kabarettgruppe ‚Ratte und Schmeißfliege‘ hat ihr Kommen zugesichert, ein Film zur politischen Unterdrückung wird gerade besorgt, Salatrezeptbücher werden gewälzt, der Rumtopf zieht, Sachen für den Weihnachtsbasar werden gebastelt und, und, und...“ Schade, daß Hamburg für die Redaktion so weit ist, kann man da nur sagen! Eingeleitet werden die Dezember-Aktionen in Hamburg durch eine Mitgliederversammlung Anfang November, sodaß alle Mitglieder auf verschiedene Weise in die Vorbereitungen einbezogen werden können.

Eine Weihnachtsfeier ist — wie in jedem Jahr — auch in Bielefeld diesmal wieder geplant. Der gemütliche Nachmittag, zu dem alle Mitglieder und Freunde mit King und Kegel eingeladen sind, erfreut sich großer Beliebtheit. Den (voraussichtlich) letzten Flohmarkt dieses Jahres haben die Bielefelder dagegen schon hinter sich.

Auch in Dortmund und anderen Städten des Ruhrgebietes sind — wie man hört, die Vorbereitungen im Gange.

Und nicht zuletzt auch beim Zentralvorstand: Ein Faltblatt ist (fast) fertig, das eine Art Jahresbericht in kurzer Form über die Tätigkeit unserer Organisation 1980 enthält. Es kann bei den verschiedenen Aktivitäten im Dezember eingesetzt werden. Auch zwei Plakate werden rechtzeitig fertig sein. Das eine ein Blanko-Plakat mit unserem Namen und Emblem, das ihr je nach Bedarf selbst beschriften könnt, das andere hat mehr Wandzeitungscharakter und stellt in Fotos und Kurztönen die Arbeit der RHD vor. Beide Plakate haben das Format DIN A 2.

### Über ein Drittel

#### der für A. Müller-Wille benötigten Summe ist zusammen

Über 7 900 DM sind inzwischen für Andreas Müller-Wille gespendet worden! Eine beachtliche Summe.

Seit der letzten Veröffentlichung gingen beim Zentralvorstand der RHD ein:

OG Bielefeld 338,— DM  
OG Kiel 2,— DM

OG Hamburg 909,50 DM  
OG Bielefeld 558,— DM  
OG Kiel 20,— DM

Damit hat sich die Summe der Spenden für Andreas Müller-Wille auf dem Konto des Zentralvorstands auf **5 372,52 DM** erhöht.

Außerdem gingen noch 1 500 Mark auf dem von Andreas Schwester in Münster eingerichteten Solidaritätskonto ein.

In Duisburg selbst wurden 1 056,60 DM gesammelt. Besonders hervorheben muß man auch die großen Spendenüberweisungen von den Ortstgruppen Bielefeld und Hamburg. Die Bielefelder brachten alleine 1 897,— DM für Andreas Müller-Wille auf, die Hamburger über 1 500,— DM. Den Mitgliedern und Vorständen der drei Ortstgruppen sei dafür im Namen von Andreas herzlich gedankt!

So gut dieses Zwischener-

gebnis ist, darf es uns doch nicht zum Nachlassen verleiten. Denn weitere 13 000 DM fehlen noch an der Summe (21 000 DM), die Andreas Müller-Wille zahlen muß. Je schneller wir ihm helfen können, dessen Berg abzutragen, desto geringer sind die Zinsen, die zusätzlich noch daraufgeschlagen werden. Ihm wurden Raten von monatlich 150,— DM bewilligt. Diese Summe müßte er Monat für Monat ca. 8 Jahre lang zahlen, einschließlich Zinsen. Helfen wir ihm weiter, diese für einen Krankenpfleger und Familienvater hohe monatliche Belastung so schnell wie möglich loszuwerden!

## Erfolg im Kampf gegen die Berufsverbote

Fortsetzung von Seite 1

takt für eine bundesweite Berufsverbotspraxis von Hamburg ausging, hat sicherlich keiner von uns geahnt, welches Ausmaß an Bespitzelung und Gesinnungsschnüffelei, an persönlicher Repression und Einschüchterung auf uns zukommen würde.

Aus der persönlichen Betroffenheit heraus haben wir immer wieder versucht, uns gegen die Existenzbedrohung und Einschränkung demokratischer Rechte zu wehren. Dabei gab es sicherlich so manchen Augenblick, in dem Zweifel am Erfolg unserer Anstrengungen aufkamen. Um so mehr freuen wir uns über diesen Erfolg im Kampf gegen die Berufsverbote!

Dieser ist nur durch die **Solidarität** von Kollegen, Eltern und Schülern, von Bürgerinitiativen und anderen demokratischen Kräften möglich geworden. Ohne diese ständige Hilfe und Unterstützung, wie auch den persönlichen seelischen Rückhalt, wäre für keinen von uns die Belastung des Berufsverbotsverfahrens zu ertragen gewesen. Mut hat uns vor allem immer wieder die Erfahrung gemacht, daß alle, die sich mit unserem drohenden Berufsverbot beschäftigten, diese undemokratische und menschenfeindliche Praxis ablehnten.

Doch unsere Freude darüber ist, wie schon oft, nicht ungegründet: Wir sind darüber empört, daß der Kollege Hans-Peter de Lorent entgegen den ursprünglichen Absichten von Senat und Behörde aus dem Vorschlag zur Verbeamtung herausgenommen wurde.

Weiterhin sind noch ca. 50 Kolleginnen und Kollegen vom Berufsverbot betroffen oder bedroht.

Der Erfolg, der sich im Beschluß des Beamtenernennungsausschusses niederschlägt, kann nicht darüber hinwegtäuschen, daß das Problem der Berufsverbote in Hamburg und in der BRD sich noch längst nicht von selbst erledigt! Die ungläubliche Diffamierungs- und Hetzkampagne, die die Springer-Presse nach unserer Verbeamtung startete, zeigt, mit welchen infamen Mitteln die Reaktion auch in Zukunft ein Klima des Untertanengeistes, der Einschüchterung und der Angst vor demokratischem Engagement erhalten will.

Gerade jetzt bedarf es der ganzen Kraft aller vom Berufsverbot Betroffenen und der Berufsverbotsgegner, insbesondere der Gewerkschaften, für den Kampf gegen die Berufsverbote.

Wir werden nicht eher ruhen in diesem Kampf, bis auch das letzte Berufsverbot gefallen ist.

Wir möchten auf diesem Wege allen Kolleginnen und Kollegen, allen Freunden und Bekannten danken, die uns im Kampf gegen die Berufsverbote unterstützt haben. Gleichzeitig fordern wir euch auf, mit uns zusammen für die Verwirklichung der Forderung einzutreten: **Weg mit den Berufsverböten!**

Sabine Auffermann, Heike Gohl, Inge Kasprczak, Jutta Klass, Ewald Leppin, Ursula Oehler, Maja Otto-Gellinek, Hans Werner Schäfer.

## Aus der Arbeit der Roten Hilfe

### Würzburg: Solidarität gegen politische Kündigung

In der letzten Ausgabe berichteten wir über die Entlassungsdrohung gegen die Sozialpädagogin Monika Heubl aus Würzburg, die für die *Volksfront* zur Bundestagswahl kandidiert hatte. Inzwischen wurde ihr auf Druck der CSU gekündigt, ohne daß Gründe angegeben worden wären.

Gegen diese offensichtlich politische Kündigung ist eine breite Solidaritätsbewegung entstanden: Die Jugendlichen des Jugendzentrums Lindleinsmühle, deren Leiterin Frau Heubl war, sowie auch viele ihrer Kolleginnen und Kollegen setzen sich für ihre Wiedereinstellung ein. Eine „Solidaritätsaktion für Monika Heubl“ entstand, die zusammen mit dem Würzburger „Bürgerkomitee zur Verteidigung der Grundrechte“ für die Wiedereinstellung Frau Heubls eintritt.

In der ersten Woche nach der Kündigung gingen bereits 300 DM Spenden zur Unterstützung der Protest- und Solidaritätsbewegung ein.

Auch die Rote Hilfe hat sich an Frau Heubl gewandt und ihr ihre volle Solidarität und Unterstützung, auch im Hinblick auf den kommenden Arbeitsgerichtsprozeß, zugesichert.

### Winnenden: Neue Ortsgruppe gegründet

Aus Winnenden (das liegt in der Nähe von Stuttgart) erhielten wir kürzlich folgenden Brief: „Liebe Freunde, zu unserer und Eurer Freude möchten wir Euch kundtun, daß wir einen Kreisverband gegründet haben und bitten Euch, uns mit Material zu versorgen.“

Da war die Freude allerdings groß. Wir wünschen der neuen Ortsgruppe viel Erfolg!

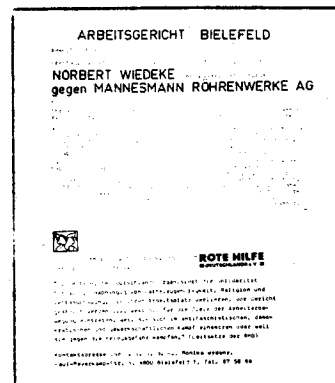
### Bielefeld:

#### Nach Streik entlassen — RHD übt Solidarität

Wir berichteten über die Entlassung des Mannesmann-Betriebsrates Norbert Wiedeke. Er war an einem Streik von 350 Arbeitern von Mannesmann und Kammerich beteiligt gewesen, die für die Erhaltung

ihrer Arbeitsplätze kämpften. Obwohl die Streikenden u.a. mit dem Versprechen, daß niemand von ihnen gemaßregelt wird, zur Beendigung des Streiks gebracht worden waren, wurde N. Wiedeke als einziger fristlos entlassen, „weil er sich an einer rechtswidrigen Arbeitsniederlegung beteiligt“ hätte.

Von der IG Metall obendrein ausgeschlossen, fehlte ihm der gewerkschaftliche Rechts-



schutz. Dennoch klagte er vor dem Arbeitsgericht. Der Prozeß ging jetzt in erster Instanz zu seinen Gunsten aus. Die Firma legte allerdings Berufung ein.

Die RHD rief vor dem Prozeß mit Flugblättern an Bielefelder Betrieben zur Solidarität auf. Auch die Mitglieder und Freunde waren aufgefordert, am Prozeß teilzunehmen, so daß 35 Zuschauer in den Gerichtssaal drängten, mehr als Platz fanden.

Eine Geldsammlung für die Prozeßkosten der 1. Instanz, die Norbert Wiedeke selbst tragen muß, ist geplant.

### Ermittlungsverfahren gegen Volksfront-Mitglieder und Sympathisanten

Die Bochumer Polizei, insbesondere das 14. Kommissariat, verfolgte während des gesamten Wahlkampfes mit besonderer Schärfe das Plakat der *Volksfront* zum Thema „Nie wieder Faschismus“. Offensichtlich fühlten sich einige der Beamten persönlich angegriffen. Bundestagskandidat W. Kolesnyk wurde sehr oft angerufen und aufgefordert, die entsprechenden Plakate zu entfernen. Eine rechtliche Grundlage für ein solches Vorgehen war

nicht klar zu erkennen. Wahlhelfer der *Volksfront*, die das Plakat aufstellten, wurden die Personalien abverlangt. Im Oktober erhielten fünf Mitglieder und Freunde der *Volksfront* ein gleichlautendes Schreiben der Staatsanwaltschaft. Es wurden keine konkreten Tatvorwürfe gemacht, sondern lediglich erklärt, man ermittle gegen sie wegen Verdachts auf „Verunglimpfung der BRD“ (§ 90a). Sie wurden zu einer Vernehmung geladen. Hier wurde die RHD aktiv. Es ging um verschiedene Fragen: Soll oder muß man zur Vernehmung hingehen? Muß man sich einen Anwalt nehmen? Soll man zum jetzigen Zeitpunkt eine Aussage machen? usw.

Die RHD organisierte ein Gespräch mit einem Anwalt und die dringenden Fragen konnten geklärt werden. Das Ergebnis war, daß alle erst einmal keine Aussage machen. Sie haben sich jedoch nach den konkreten Tatvorwürfen erkundigt. Wilhelm Kolesnyk tat dies an Ort und Stelle beim Bochumer Staatsanwalt Stauer. Dieser ließ sich ausführlich über die angebliche Strafbarkeit des Plakates aus, konnte aber als Tatvorwurf nur nennen, daß W. Kolesnyk als Bundestagskandidat der *Volksfront* ja eventuell für dieses Plakat verantwortlich sei. Mögliche Folgerung aus einer solchen Argumentation: Der Bochumer Staatsanwaltschaft geht es in erster Linie nur um Informationen. Auf jeden Fall wurde durch schnelles organisierendes Eingreifen erreicht, daß keiner alleine vor dem Problem stand, was tun mit der Vorladung. Außerdem wurden zunächst einmal Rechtsanwaltskosten gespart. Nach den neuen Gesetzen hätte sich nämlich jeder der fünf einen eigenen Rechtsanwalt nehmen müssen.

### Zur Wahlaussage der Roten Hilfe

In der September-Nummer der *Roten Hilfe* hatte der Zentralvorstand zur Wahl der *Volksfront* am 5. Oktober aufgerufen. Diese eindeutige Wahlaussage stieß bei einigen Mitgliedern auf Kritik. Zwar hatten wir bei unserer Wahlaussage den überparteilichen Charakter der VOLKSFRONT selbst im Auge — im Wahlkampf jedoch war sie Partei. Wir halten daher die Kritik im Nachhinein für berechtigt.

## Kurz berichtet

### Hagen: Erfolg im Antifaschisten-Prozeß

Wir berichteten im Mai über bevorstehende Prozesse gegen verschiedene Antifaschisten aus Hagen, die an einer Gegenkundgebung gegen eine NPD-Veranstaltung beteiligt waren.

Drei von ihnen waren angeklagt gewesen, die „Rädelsführer“ der nicht angemeldeten Gegenkundgebung gewesen zu sein. Im Prozeß waren die Aussagen der 25 Polizeizeugen dann aber so widersprüchlich, daß alle drei freigesprochen werden mußten.

Die vierte Angeklagte mußte sich jetzt in einem abgetrennten Verfahren außerdem wegen Verunglimpfung der BRD verantworten, und zwar wegen eines einzigen Satzes in einem von ihr verantworteten Flugblatt. Nachdem sich auch hier die Anklagepunkte als zu dünn erwiesen, wurde der Prozeß gegen eine Geldbuße von 400 DM eingestellt.

### Recklinghausen: Wieder ein Strauß-Prozeß wegen SS-Runen

Am 6. November findet um 11 Uhr vor dem Recklinghäuser Amtsgericht ein Prozeß wegen Beleidigung von Strauß statt. Fünf Unterzeichner eines Flugblattes, das vor einem Jahr zu einem Fackelzug anlässlich der Reichsprogromnacht aufrief, sind angeklagt. In dem Flugblatt wurde der Name des Ex-Kanzlerkandidaten Strauß mit den bekannten Runen der SS geschrieben. Außerdem hieß es darin: „Kampf gegen Faschismus und Krieg bedeutet heute Kampf gegen alte und neue Faschisten, Kampf gegen Strauß und seine Hintermänner und Kampf gegen den Rüstungswahn der Bundesregierung.“

Nach den Erfahrungen in ähnlichen Fällen ist mit einer Verurteilung der fünf Antifaschisten zu rechnen. Die RHD sandte ihnen ihre „Strauß-Materialien“ zu, um ihre Verteidigung vor Gericht zu unterstützen; außerdem rief sie ihre Mitglieder und Freunde auf, den Prozeß zu besuchen.

### Neue Schritte der Justiz gegen die VOLKSFRONT

Wie wir in der letzten Ausgabe berichteten, steht der *Volksfront* eine Flut von Verfahren ins Haus. Und noch ehe die Prozesse richtig begonnen haben, werden nun neue Ermittlungsverfahren aufgenommen.

In München wurde die Wohnung der Vorsitzenden eines Volkskulturvereins durchsucht und Grundsätze und Programm dieser antifaschistisch-demokratischen Organisation beschlagnahmt ... Gegen Ulrich Leicht, der Geschäftsführer der *Volksfront* wurde in Dortmund im Auftrag der bayrischen Staatskanzlei ein Ermittlungsverfahren aufgenommen wegen Beleidigung von Strauß, Verächtlichmachung der Bundesrepublik u.ä., im Zusammenhang mit der Veröffentlichung einer Stoppt-Strauß-Broschüre, für die er presse-rechtlich verantwortlich zeichnet.

## Dafür brauchen wir Spenden

Auf Seite vier der *Roten Hilfe* war es bisher üblich, euch mitzuteilen, wofür eure Beitrags- und Spendengelder verwendet wurden, wen wir damit unterstützt haben. Jetzt sieht die Sache so aus, daß wir aufgrund der derzeitigen Finanzlage euch nicht mehr immer berichten können: den haben wir unterstützt, sondern den müssen wir unterstützen und ihr alle seid nun aufgerufen, in gemeinsamer Anstrengung die nötigen Mittel zusammenzutragen. Denn bis auf einen „Notgroschen“ sind unsere Rücklagen ja aufgezehrt.

### Harald B. aus Münster

Harald B. wird bereits seit längerer Zeit von uns unterstützt. Er wurde 1975 und 1977 in mehreren Verfahren verurteilt, weil er Flugblätter zum Tode von Günter Routhier verteilt bzw. auf einer Kundgebung dazu gesprochen hatte. Eines der von ihm verteilten Flugblätter war übrigens von der RHD herausgegeben.

Gegen ihn wurde eine Gesamtstrafe von 5000 DM verhängt, hinzu kamen hohe Gerichts- und Anwaltskosten, sodaß er fast 10000 DM bezahlen mußte, in Raten, die er nun schon seit Jahren abstottert.

Kürzlich nun verlangte das Gericht aufgrund einer kleinen Unregelmäßigkeit von ihm plötzlich den gesamten Betrag auf einmal, über 5000 DM waren es noch. Wir konnten ihm vorerst mit 1000 DM aus der Klemme helfen und hoffen nun mit ihm, daß ihm für den Rest nochmal Aufschub gewährt wird. Aber viel Geld muß nun aufgebracht werden, wovon sonst soll Harald B. bei dieser Belastung leben?

### Jochen Beyer aus Bochum

Über seine Verurteilungen in mehreren Presseverfahren haben wir immer wieder berichtet. Jetzt ist ein Urteil rechtskräftig geworden, nach dem er 1200 DM Strafe zahlen muß, weil er mit Flugblättern,

die u.a. den Kampf gegen Reaktion und Faschismus zum Thema hatten, Strauß beleidigt und die BRD verunglimpft haben soll.

### Verena Weisbecker und Reinhard Haneld, Herne und Duisburg

Der Fall ist ebenfalls aus der Roten Hilfe bekannt: Gegen die beiden hatte F. J. Strauß eine einstweilige Verfügung erlassen und ihnen bei Strafe von 500 000 DM verboten, bestimmte Äußerungen zu wiederholen, die ihn in die Nähe des Hitlerfaschismus rückten.

Gegen die einstweilige Verfügung hatten die beiden Rechtsmittel eingelegt, aber leider ohne Erfolg. Nun müssen sie hohe Anwaltskosten bezahlen. Mit 1070 DM hatten wir sie schon früher unterstützt. Jetzt sind noch über 4100 DM zu zahlen. Wir möchten sie mit Eurer Hilfe auch beim Aufbringen dieses Betrages gerne unterstützen.

### Renate Schneider aus Witten

Renate Schneider ist presse-rechtlich verantwortlich für die kommunistische Wochenzeitschrift „Roter Morgen“. Mehrere Verurteilungen wegen des berüchtigten Zensurparagrafen 90a (Verunglimpfung der BRD) wurden bei ihr zu einer Gesamtstrafe zusammengezogen, außerdem fielen Gerichtskosten

an, insgesamt 3000 DM. Wir würden Renate Schneider gerne jeden Monat eine Unterstützung zukommen lassen, damit sie ihren Lebensunterhalt trotz Ratenzahlungen aufbringen kann.

### TH-Student aus Berlin

Aus Berlin erreichte uns kürzlich ein Antrag auf Unterstützung für zwei ehemalige Studenten der TH, die sich an einem Studentenstreik beteiligt hatten. Sie waren aufgrund von Auseinandersetzungen während dieses Streiks verurteilt worden: weil sie Streikbrechern den Weg verstellten hatten.

Für ihre — teilweise erfolgreiche — Verteidigung in der 2. Instanz entstanden Kosten in Höhe von fast 3000 DM. (Die Kosten der 1. Instanz hatte die RHD schon früher übernommen.) Die Ortsgruppe Westberlin wird versuchen, ein Drittel davon selbst aufzubringen, ein weiteres Drittel haben wir kürzlich überweisen. Die fehlenden 1000 DM müssen nun mit Eurer Hilfe zusammenkommen.

## Spendenliste

In den Monaten August und September gingen folgende Spenden beim Zentralvorstand ein:

Ortsgruppe Hannover: 88,60 DM ohne Angabe eines besonderen Verwendungszweckes

Spenden für Andreas Müller-Wille: U. K., Hamburg 400 DM; OG Kassel 43, — DM; OG Bielefeld 338, — DM; OG Kiel 2, — DM; Hamburg 909,50 DM.

**Summe: 1781,10 DM**

**Allen Spendern herzlichen Dank.**

## Kontakt-adressen

**Bielefeld:** Monika Wydany, Paul-Meyerkamp-Str. 6, 4800 Bielefeld 1;

**Bochum:** Peter Puk, Moltkestr. 11, 4630 Bochum 6;

**Bremen:** Edelgard Hemmer, Hirschbergerstr. 20, 2800 Bremen 21. Tel.: 0421/61 76 54.

**Duisburg:** Martin Tuschen, Altenkamp 24, 41 Duisburg 11;

**Frankfurt:** Marian Riebe, Linéstr. 25, 6 Frankfurt;

**Gelsenkirchen:** D. Kwoll, Voehstr. 5, 466 Gelsenkirchen-Buer;

**Hamburg:** Hannelore Weskamp, Gropiusring 22, 2 Hamburg 60;

**Hannover:** Klaus W. Hahn, Dorotheenstr. 5 a, Studentenwohnheim, 3 Hannover 1;

**Kassel:** R. Wengler, Graben 11, 35 Kassel;

**München:** Manfred Neumann, Pötschnerstr. 13, 8000 München 19;

**Nürnberg:** K. H. Hoffmann, Flaschenhofstr. 21, 85 Nürnberg;

**Recklinghausen:** A. Euler, Ludwig-Richter-Str. 1, 435 Recklinghausen;

**Schleswig:** U. Kolaczinski, 2381 Tolkschuby;

**Weser-Ems:** Gerd Coldewey, Seefelder-Außendeich, 2883 Stadtland 3;

**West-Berlin:** Hans Köbrich, Grüntaler Str. 30, 1 Berlin 65;

Falls weitere Ortsgruppen hier ihre Anschrift abdrucken lassen wollen, sollen sie dies dem Zentralvorstand mitteilen.

## Unsere Arbeit...

Unsere Arbeit kostet Geld. Geld, was wir in Form von Mitgliedsbeiträgen und Spenden erhalten. Und Zeit, die von Mitgliedern und Freunden der Roten Hilfe aufgebracht wird. Dazu brauchen wir Ihre Hilfe! Und so können Sie helfen: • Durch den Mitgliedsbeitrag von monatlich 2 Mark (auch halbjährlich oder jährlich zahlbar). • Darüber hinaus durch aktive Mitarbeit in einer Ortsgruppe • bei der Betreuung politisch Verfolgter • beim Beschaffen von Geldmitteln für die Unterstützungsarbeit der RHD • durch eine Spende auf das Konto der RHD, 191100-462 PSchA Dortmund

- Ich will Informationsmaterial  
 Ich will Mitglied werden

Name: .....  
 Straße: .....  
 PLZ/Ort: .....

**Ausschneiden und an die nebenstehende Adresse schicken.**

## Die ROTE HILFE

Herausgegeben vom Zentralen Vorstand der Roten Hilfe Deutschlands e.V. Verantwortliche Redakteurin: E. Hemmer. Eigendruck im Selbstverlag. Für Mitglieder kostenlos, sonst gegen Erstattung der Portokosten.

## ROTE HILFE

■ DEUTSCHLANDS e.V. ■

Zentralvorstand: Rote Hilfe Deutschlands e.V., Postfach 215, 4600 Dortmund 1. Telefon: 0234 / 8644 27 (J. Janz). Konto: 191100-462 PSchA Dortmund.